



Sozialdemokratische Partei  
Kanton Graubünden

Partida Socialdemocratica  
Chantun Grischun

Partito Socialista  
Cantone dei Grigioni



## Masslos schlecht für alle!

Von Peter Peyer, Trin

Die Volksinitiative der SVP mit dem Titel «Gegen Masseneinwanderung» wirbt gross mit dem Slogan «Masslosigkeit schadet». Tatsächlich trifft dies auf die Initiative selbst zu. Sie ist politisch masslos heuchlerisch und ökonomisch masslos dumm. Vor allem ist sie aber masslos menschenverachtend.

Erneut nimmt die SVP einen Anlauf, die Schweiz abzuschotten. Ihre Initiative gegen die angebliche Massen-

## Inhalt

Abschottungsinitiative	1
FABI	4
Abtreibungsfinanzierung	5
Kirchensteuerinitiative	7
GESAK Chur	8
Grossratswahlen 2014	9
Gespräch mit Martin Jäger	10
In memoria	13
JUSO Graubünden	14
Leute: Angela Buxhofer	15
Letzte Seite	16



# NEIN zur Abschottungsinitiative

Eidg. Abstimmung vom 9. Februar 2014

einwanderung von Ausländer/-innen will zurück zum Kontingentsystem, das die Schweiz vor der Personenfreizügigkeit kannte. Abgesehen davon, dass die Einwanderung in die Schweiz nie so gross war wie unter dem Kontingentsystem, ist dieses ein planwirtschaftliches Bürokratiemonster. Nicht einmal die SVP selbst kann in ihrer Initiative sagen, wer dann welche und wie viele Kontingente für die zu bestimmenden Kategorien von Ausländer/-innen festlegen wird. Wird die deutsche Pflegefachfrau im Kantonsspital mit dem österreichischen Mineur im Albulatunnel aufgerechnet? Oder der portugiesische Fabrikarbeiter der Ems-Chemie mit dem norwegischen Ingenieur der Hamilton? Und falls die Familien nachzugskontingente ausgeschöpft sind, wer von diesen vier Betroffenen darf seine Familie nicht in die Schweiz holen? Und warum sollen Grenzgänger/-innen mit Asylsuchenden verrechnet werden? Und die ausländischen Studierenden mit den ausländischen Ehepartner/-innen? Darauf will die SVP keine Antworten geben. Denn es geht ihr in Wirklichkeit um etwas ganz anderes. So heisst es auf der offiziellen Kampagnenwebseite: «Einerseits kommen immer mehr Menschen in die Schweiz, die aus zentralistischen, staatsgläubigen, antiliberalen oder auch muslimischen Ländern stammen und diese Werte mitbringen. Andererseits erhalten aufgrund von Verdrängungsängsten auch in der Schweizer Bevölkerung sozialistische und etatistische Ideen

Auftrieb. Die heutige Zuwanderung ist deshalb für die Schweiz weder kulturell noch mengenmässig verkraftbar.» Die SVP definiert also, was schweizerische Werte sind. Wer dem nicht entspricht, ist nicht verkraftbar. Und dies alles unter dem Deckmantel von Schutz für «Freiheit, Sicherheit, Vollbeschäftigung, Landschaftsbild und Wohlstand in der Schweiz». Das ist masslos geheuchelt.

Denn: Auch an vollen Zügen, hohen Mieten, Überbauung der Landschaft und den Staus auf den Strassen haben nach Lesart der SVP die zuwandernden Ausländer/-innen schuld. Ebenso wie am Lohndruck. Und einmal mehr nicht fehlen darf die Mär von der Einwanderung in die Sozialwerke. Das ist ökonomisch masslos dumm. Erstens ist es beispielsweise so, dass die ausländischen Arbeitskräfte mehr in die AHV einbezahlen als sie beziehen. Zweitens ist es nicht möglich, ohne Arbeitsstelle in die Schweiz zu kommen und Arbeitslosengelder zu beziehen, ohne vorher zwei Jahre einbezahlt zu haben. Und drittens kann tatsächlich darüber gestritten werden, wie viel die Personenfreizügigkeit zur Schaffung von neuen Jobs in der Schweiz beigetragen hat und ob das BIP dank der Personenfreizügigkeit nun etwas mehr oder weniger gewachsen ist. Letztlich ist es aber ein Fakt, dass die Schweiz wirtschaftlich recht gut durch die letzten Jahre gekommen ist. Und es ist ein Fakt, dass wir die nötigen Arbeitskräfte für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Schweiz alleine



Peter Peyer,  
Gewerkschaftssekretär  
und Grossrat



Der Parteivorstand der SP Graubünden hat einstimmig und ohne Enthaltungen die **NEIN-Parole** zur SVP-Initiative beschlossen.

Mehr Hintergrundmaterial, Argumentarien usw. finden sich unter: [www.sp-ps.ch](http://www.sp-ps.ch) oder auf der Webseite des überparteilichen Komitees [www.bilaterale.ch](http://www.bilaterale.ch)

mit Schweizer/-innen nicht zur Verfügung haben. Selbst dann nicht, wenn alle gut ausgebildeten Familienfrauen wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden. Was aber selbstverständlich nicht dem Familienbild der SVP entsprechen würde.

Selbst der SVP ist deshalb klar, dass wir ausländische Arbeitskräfte brauchen. Aber: Die SVP will nur die Arbeitskraft, nicht den Menschen dahinter. Nochmals die offizielle Kampagnenwebseite: «Für die Wirtschaft ist es wichtig, dass man diejenigen Arbeitskräfte ins Land holen kann, die benötigt werden, wenn sich nicht genügend Schweizer Arbeitnehmer finden lassen. Wichtig ist dabei, dass diese ausländischen Arbeitskräfte das Land auch wieder verlassen, wenn sie keine Arbeit mehr haben.» Man darf hier also krampfen, wenn es der Schweiz nützt. Aber sobald man die Idee hat, sich in der Schweiz niederzulassen, die Familie bei sich zu haben, wie jedermann Strassen und Züge zu benützen, und dass das soziale Netzwerk, in das man einbezahlt, im schlimmsten Falle auch trägt, dann soll man möglichst rasch wieder verschwinden. So einfach und gleichzeitig so masslos menschenverachtend sind SVP-Rezepte.

Die SVP-Initiative verdient deshalb unter keinem Titel Unterstützung. Unbestritten bleibt, dass wir in der Schweiz innere Reformen brauchen. Beispielsweise mit einem Ausbau im öffentlichen Verkehr (wie es die

FABI-Vorlage ebenfalls am 9. Februar bringt). Beispielsweise mit der besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie und mehr familienergänzender Kinderbetreuung. Beispielsweise mit einer Bildungsoffensive, gerade für (beruflich) schlecht ausgebildete Ausländer/-innen. Beispielsweise mit verbindlichen Mindestlöhnen und mehr Gesamtarbeitsverträgen. Beispielsweise mit mehr genossenschaftlichem, günstigem Wohnungsbau. Bezeichnenderweise ist die SVP gegen diese Reformen. Schliesslich bekämpft sie Menschen, nicht Probleme.



# FABI – Für einen starken öffentlichen Verkehr

Eidg. Abstimmung vom 9. Februar 2014

## Ein guter Zug auch für Graubünden

Von Silva Semadeni, Passugg-Araschgen

Ein gut ausgebauter und leistungsstarker öffentlicher Verkehr ist für die SP ein zentrales verkehrspolitisches Anliegen. Darum unterstützen wir mit Nachdruck, zusammen mit dem VCS, die FABI-Vorlage. Der öffentliche Verkehr wird mit FABI neu als staatliche Aufgabe in der Verfassung verankert, wie es auch die zurückgezogene VCS-Initiative verlangte. Der vorgesehene Bahninfrastrukturfonds schafft zudem ein solides Fundament für die Finanzierung und den Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI). Damit sichern wir die Zukunft der Bahn und des öffentlichen Verkehrs.

Mit FABI wird die Bahninfrastruktur Schritt für Schritt weiterentwickelt. Der Bahnverkehr soll mehr Kapazität auf der Schiene, in den Zügen und in den Bahnhöfen aufbringen und so auch die grosse Nachfragersteigerung auffangen. Die ersten Ausbauschritte erfolgen bis 2025. In Graubünden ist in dieser Zeit ein SBB-Angebotsausbau für die Strecke Chur-Zürich und Chur-St.Gallen vorgesehen. Ebenfalls garantiert FABI Beiträge an die RhB für den Halbstundentakt auf den Strecken Landquart-Davos/St.Moritz mit Kreuzungsstellen und Doppelspurabschnitten im Prättigau und Engadin. Gesamthaft geht es um Bahnprojekte im Umfang von 6,4 Milliarden Franken, die vom Parlament mit grossem Mehr befürwortet werden.

Für den Bahninfrastrukturfonds trägt der Bundeshaushalt die Hauptlast, zusätzlich gespeist durch Mehrwertsteuereinnahmen (0,1%), Erträgen aus Mineralölsteuer (befristet bis 2030) und LSVA sowie Beiträgen der Kantone. Eher unbeliebt aber gerechtfertigt ist eine weitere Finanzierungsmassnahme: Mit der Begrenzung des Abzugs bei der direkten Bundessteuer auf 3000 Franken leisten auch Pendler und Pendlerinnen einen Beitrag. Dies trifft insbesondere Autopendler, welche bisher sehr hohe Beträge abziehen konnten. Grosse Pendlerdistanzen werden sich steuerlich nicht mehr lohnen, was auch eine Massnahme gegen die Zersiedlung bedeutet.

Ein attraktives Bahnnetz ist im Interesse der Bevölkerung, der Wirtschaft und der Umwelt. FABI garantiert den Ausbau und die langfristige Finanzierung unserer Bahninfrastruktur und des öffentlichen Verkehrs. FABI verdient unsere Unterstützung.



Silva Semadeni,  
Nationalrätin

Der Parteivorstand hat einstimmig ohne Enthaltungen die **JA-Parole** gefasst.

... anche per i Grigioni

**Sì**  
9 febbraio 2014

**La Svizzera sul binario giusto**

# NEIN zu «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache»

Eidg. Abstimmung vom 9. Februar 2014



Silvia Modalek-Roth,  
Vizepräsidentin SP GR

Der Parteivorstand der SP GR **lehnt die Initiative** einstimmig ohne Enthaltungen **ab**.

## Keine Stigmatisierung der Frauen unter dem Deckmantel der Kostensenkung im Gesundheitswesen.

Von Silvia Modalek-Roth, Tamins

Die Volksinitiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» hat zum Ziel, die Finanzierung der Abtreibung aus dem Leistungskatalog der obligatorischen Krankenversicherung (Grundversicherung) zu streichen. Für einmal versuchen religiöse bis christlich fundamentale Kreise, uns mit finanzpolitischen Argumenten zu überzeugen. Sie behaupten, dass sich durch diese Initiative die schweizerischen Gesundheitskosten senken liessen. Diese Argumentation ist jedoch äusserst fadenscheinig. Die gesamten Gesundheitskosten, welche aus der obligatorischen Krankenversicherung finanziert werden, belaufen sich auf mehr als 21 Milliarden Franken. Die Abtreibungen in der Schweiz verursachen Kosten von rund 7 bis 10 Mio. Franken pro Jahr, also gerademal 0.02 % der gesamten Gesundheitskosten.

Vor 10 Jahren sprachen sich die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger mit einem Ja-Anteil von mehr als 72 % deutlich für die Fristenregelung beim Schwangerschaftsabbruch aus. Die Fristenregelung brachte den Frauen das Recht auf eigenverantwortlichen Abbruch einer ungewollten Schwangerschaft, wobei die Kostenübernahme durch die Krankenversicherung für den entspre-

chenden Eingriff explizit Bestandteil der Abstimmungsvorlage war. Damit wurde die Gleichbehandlung aller Frauen – ungeachtet ihrer finanziellen Möglichkeiten – sichergestellt. Die vorliegende Initiative würde einen Rückschritt für die Rechte der Frauen in der Schweiz darstellen, der inakzeptabel ist. Eine Annahme der Initiative führt nicht zu einer Kostensenkung, sondern zu einer Stigmatisierung der legalen Schwangerschaftsabbrüche. Für finanziell und/oder sozial benachteiligte Frauen würde der Zugang zum Schwangerschaftsabbruch erschwert. Dies hätte eine Gefährdung der Gesundheit dieser Frauen zur Folge. Es kann nicht sein, dass sich einige eine aus medizinischer Sicht sichere Abtreibung leisten können, andere aber nicht. Die Zeit der unsachgemässen Schwangerschaftsabbrüche ist definitiv vorbei.

Die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche ist in den vergangenen 10 Jahren – seit Einführung der Fristenregelung – nicht gestiegen. Im Gegenteil: Die Schweiz hat die niedrigste Abbruchrate in ganz Europa. Keine Frau bricht leichtfertig eine Schwangerschaft ab. Ein solcher Schritt ist immer wohlüberlegt und mit einer professionellen Beratung verbunden. Die Initiative will einzig und allein die Hürden für einen Schwangerschaftsabbruch höher setzen und nimmt dabei in Kauf, die Gesundheit der Frauen zu gefährden.

# NEIN zur Kirchensteuerinitiative

## Kant. Abstimmung vom 9. Februar 2014



Lukas Horrer, Mitglied  
Geschäftsleitung SP GR

Der Parteivorstand hat einstimmig, bei mehreren Enthaltungen die **NEIN-Parole** gefasst.

### Attraktiv, aber dennoch falsch

Von Lukas Horrer, Chur

Die Volksinitiative der Junfreisinnigen «Weniger Steuern für das Gewerbe» will Kirchensteuern für juristische Personen (Kultussteuern) abschaffen. Das Anliegen ist insofern attraktiv, als dass es einen Schritt Richtung Laizismus sein könnte. Es könnte, ist es aber in dieser Form nicht. Bereits der Titel «Weniger Steuern (...)» macht klar, wessen Geistes Kind die Initiative ist und was sie will. Wäre die Intention tatsächlich eine laizistische gewesen, hätte man die Kirchensteuern abgeschafft, für juristische und natürliche Personen.

Die Mehrheit des Gewerbes in Graubünden ist keine juristische Person (z.B. AG), sondern natürliche Personen (z.B. Einzelfirmen). Wenn die Initiative also von Gewerbe spricht, meint sie dabei weniger als die Hälfte des Gewerbes. Nur 170 juristische Personen im Kanton weisen einen Gewinn von über 1 Mio. aus. Diese würden bei einer Annahme der Initiative bei den Gewinnsteuern ca. CHF 4000 einsparen. Bei Firmen mit weniger Gewinn beziffert sich die Steuerersparnis auf ein paar hundert Franken. Betragsmässig profitieren die Grossfirmen. Ein Betrag von CHF 4000 ist aber relativ zum versteuerten Gewinn von 1 Mio. wiederum kaum der Rede Wert. Die Behauptung der Initianten durch die Steuerersparnis würden Arbeitsplätze geschaffen ist darum volkswirtschaftlich betrachtet

geradezu abenteuerlich. Bestenfalls würde ein Investitionsvolumen von einer Kaffeemaschine pro KMU und einer Kaffeemaschine pro Abteilung in einer Grossfirma ausgelöst. Arbeitsplätze schaffen? Das geht anders.

Obwohl die Kirchensteuern die einzelnen Unternehmen kaum treffen, ergeben sie in der Summe den stattlichen Betrag von 8 Mio. Die Landeskirchen wenden rund 5 Mio. für nicht kultische Zwecke auf. Nicht kultische Zwecke meint Beiträge an Einrichtungen/Organisationen, von denen alle einen Nutzen haben, unabhängig ihrer Religion. Konkret sind das z.B. das Frauenhaus, Caritas usw. Fehlen die Einnahmen der Kirchensteuern von juristischen Personen, werden die Landeskirchen in diesen Bereichen Einsparungen vornehmen. Wollen wir das wirklich, nur für ein paar neue Kaffeemaschinen?

Zum Schluss die Frage: Wer will die Initiative? Neoliberale, konservative Kreise der katholischen Landeskirche und Freikirchen. Diese Brücke wollen wir als progressive Partei nicht bauen.

Die Initiative redet von Gewerbe, meint aber fast nur Grossfirmen. Sie gaukelt Laizismus vor, kriecht aber Neoliberalen und Ultrakonservativen auf den Leim. Sie schwadroniert von Arbeitsplätzen, zerstört real aber nur wichtige Leistungen für die Allgemeinheit. Nein Danke.



# JA zum Gemeindepport- anlagenkonzept

Abstimmung Chur vom 9. Februar 2014

## Eine «JA-Welle» für Chur

Von Thomas Hensel, Chur

Für die Stadt Chur steht ein voll gepacktes, sportliches Abstimmungswochenende bevor. Dabei werden mit der Teilrevision der Stadtverfassung sowie dem Quartierplan «Alte Kunsteisbahn Calanda (KEB)» Leitplanken politisch neu gesetzt. Bei der Verfassungsrevision geht es um die Schaffung einer Bildungskommission an Stelle des bisherigen Schulrates. Dazu werden die Aufgaben, teilweise aufgrund des neuen kantonalen Schulgesetzes, fachorientiert den Schulbehörden zugeteilt. Bei der Landabgabe (Quartierplan Alte KEB) kann ein Zeichen für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum gesetzt werden. Damit wird das grundsätzliche Problem der hohen Mieten in Chur zwar nicht gelöst, aber ein Zwischenschritt zur Verbesserung geleistet.

Chur ist Kantonshauptstadt und Zentrum der Südostschweiz. Chur ist touristischer Ausgangs-, Bildungs- und Wirtschaftsstandort. Nun muss Chur sparen, jedoch nicht, weil das Geld beidhändig verschenkt wurde, sondern weil dem bürgerlich dominierten Gemeinderat Steuergeschenke wichtiger waren als die notwendigen Einnahmen. Dabei muss unser Standortvorteil (u.a. Familienfreundlichkeit, Verkehrsanbindung, Freizeitangebot) gepflegt werden. Die beiden Projekte «Eissport und Fussball» sowie «Multifunktionale Sporthalle» bringen Chur

eine Verbesserung der bestehenden Infrastruktur und einen effektiven Mehrwert.

## Teilprojekt «Eissport und Fussball»

Mit der geplanten Zusammenführung des städtischen Sportangebotes auf der Oberen Au soll ein eigentliches Sportzentrum entstehen. Dank der Nähe der verschiedenen Anlagen können funktional und finanziell Synergien genutzt werden. Anschliessend soll durch eine Neuplanung auf dem Areal des heutigen Fussballstadions (Ringstrasse) für die Stadt ein zusätzlicher Mehrwert entstehen.

## Teilprojekt «Multifunktionale Sporthalle als nationales Leistungszentrum Unihockey»

In Chur fehlt heute eine Sporthalle, welche sowohl internationale Wettkämpfe, wie auch Trainingslager beherbergen kann. Als nationales Zentrum Unihockey wird der Bau mit 10,5 Mio. Franken unterstützt und Chur als nationaler Sportort positioniert.

Die Parolenfassung der SP Sektion Chur steht noch bevor. Die SP-Gemeinderatsfraktion sagt jedoch zu den Vorlagen JA. Auch die Konsultativ-Vorlagen beurteilt sie zwar kritisch, aber in der Sache befürwortend. Kritisch, weil es nicht sein darf, dass Unterhalt und Sanierungen mit einer Steuererhöhung gekoppelt werden. Dies gehört in die laufende Rechnung. Jedoch befürwortend, weil Sport wie auch Kultur ein wichtiges Stück des Lebens einer Stadt sind.



Thomas Hensel,  
alt Gemeinderat Chur

# Grossratswahlen 2014



Tamara Gianera,  
Parteisekretärin

## **SP setzt sich für eine sorgfältige Entwicklung ein**

Von Tamara Gianera, Chur

Am 18. Mai dieses Jahres finden die Grossratswahlen statt. Die meisten Sektionen haben ihre Kandidatinnen und Kandidaten bereits nominiert, die letzten Nominierungen finden noch im Januar statt. Die Sozialdemokratische Partei tritt in 13 Kreisen mit 19 GrossratskandidatInnen und 12 Stellvertreter-KandidatInnen an. In der nächsten Ausgabe werden alle Kandidatinnen und Kandidaten vorgestellt.

Wir möchten euch Leserinnen und Leser aber jetzt schon um Unterstützung bitten. Helft uns mit die Leute dazu zu bewegen SP zu wählen. Denn es ist die SP, die für mehr Gerechtigkeit steht, für mehr Chancengleichheit und für mehr Schutz der Natur. Die SP ist eine engagierte Gemeinschaft, die auf allen Ebenen für das Gemeinwohl und für sorgfältige Entwicklung kämpft.

Im Grossen Rat stehen unsere Parlamentarierinnen und Parlamentarier aber oft alleine da. Wir stellen nur eine kleine Gruppe und unterliegen bei vielen unserer Vorstösse der bürgerlichen Mehrheit. Wir brauchen eine stärkere Vertretung im Bündner Parlament, um unsere Ideen und Vorschläge auch durchbringen zu können.

Es braucht immer wieder Mut, sich gegen Sonderinteressen und Machtklüngel durchzusetzen. Mut, manch-

mal gegen den Strom zu schwimmen oder sogar Widerstand zu leisten. Diesen Mut hatte die SP in den letzten Jahren. Und trotz mancher Niederlagen im Grossen Rat finden die Anliegen der SP in der Bevölkerung Zuspruch.

Mit unterschiedlichen Partnern und oft zusammen mit der Mehrheit der Bevölkerung haben wir viel erreicht. Gemeinsam besiegten wir den Olympia-Gigantismus. Wir zwangen Repower zur kohlefremen Zukunft. Wir erkämpften den Stopp beim Zweitwohnungsbau. Wir ermöglichten ein modernes Schulgesetz und ein neues Forschungsgesetz. Wir trieben die Bündner Gebietsreform voran. Und wir setzten uns mit der kühnen Idee der 1:12-Initiative für Mässigung und Gerechtigkeit ein.

Graubünden braucht sorgfältige Entwicklung. Perspektiven für den Werkplatz, Schutz der Landschaft, Förderung unserer vielfältigen Kultur. Sorgfältige Entwicklung – ohne Risiken und mit Rücksicht auf Mensch und Natur und die kommenden Generationen. Dafür setzt sich die SP ein.

Eure Unterstützung stärkt uns und gibt uns Mut unser Engagement für sorgfältige Entwicklung fortzusetzen. Für eine soziale und ökologische Wirtschaft. Für einen Erneuerungsschub im Tourismus. Für Investitionen in Kultur und Sport. Für mehr Transparenz in der Bündner Politik. Für alle statt für wenige.





# Mit Freude nochmals

## **Concret im Gespräch mit Regierungsrat Martin Jäger**

**Concret: Politiker lassen sich nicht gerne an Wahlversprechen erinnern. Das dürfte bei Dir kaum anders sein.**

Martin Jäger: Wieso? Ich habe kein Problem damit.

**Dann wollen wir mal sehen. Du hast Dich für die Wahlen vor vier Jahren mit dem Spruch «Der kanns!» bewerben lassen.**

**Das war verwegen.**

Ich brachte Führungserfahrung und eine langjährige politische Tätigkeit mit. Ich kann nicht alles, aber ich fühle und fühle mich für das Regierungsamt geeignet und ich hatte und habe die notwendige Neugier auf Menschen und neue Themen zuzugehen. «Der kanns!» ist eine verkürzte Aussage. Aber ich bin überzeugt, diesem Anspruch gerecht geworden zu sein.

**«Ihre soziale Stimme in der Regierung» war die zweite Aussage im Wahlkampf 2010.**

Grundwerte wie soziale Gerechtigkeit und der Einsatz für unsere Natur brauchen eine starke Vertretung. Diesen Werten bin ich seit Jahrzehnten treu. Auch in der Regierung.

**Martin, bitte, unsere Zeitung trägt den Namen «concret»...**

Ich bin Vorsteher eines Departements, in dem wichtigste Zukunftsfragen vorbereitet und entschieden werden. Das kommt mir entgegen. Es geht um Bildung und Forschung, Kultur und Sport, Natur- und Umweltschutz. Zu-

sammen mit meinen MitarbeiterInnen habe ich es mit bildungsfreudigen jungen Menschen, alten Baudenkmälern, romanischen Schriftstellerinnen oder einem globalisierten Wissenschaftler am Forschungsplatz Davos zu tun.

**Und da kannst Du Werte leben, die Dir und der SP wichtig sind?**

Genau. Die Bündner Regierung funktioniert dann gut, wenn wirklich unterschiedliche Wertvorstellungen zusammen kommen. Ich gehöre einem Regierungsteam an, in dem ich meine Überzeugungen leben kann. Wir hören bei aller Unterschiedlichkeit der politischen Auffassungen aufeinander, streiten, bis eine gute Lösung gefunden ist.

Wo nötig habe ich den Mut zu einem klaren Standpunkt, denn ich möchte Graubünden/Grischun/Grigioni mit Sorgfalt weiter entwickeln. Dazu sind auch in der Regierung die Werte der SP wichtig.

**Sorry Martin, aber ein Chefbeamter aus Deinem Departement hat im Abstimmungskampf zur Anti-Kohle-Initiative dem Bündner Stimmvolk verklickern wollen, dass das mit der Kohle und dem CO<sub>2</sub> gar nicht so schlimm sei. Dies an einer Medienkonferenz zusammen mit Regierungsrat Cavigelli. Ist dies der Preis des Kollegialprinzips?**

Genau so war das nicht. Zudem fahren wir gut, mit gewissen Verhaltensregeln in der Regierung. Das Bündner Volk hat allerdings anders entschieden, als dies Parlament und Regierung wollten.



Martin Jäger, Chur  
Regierungsrat



### **Aber es war sehr knapp und Du ...**

Kann ich jetzt vom Erreichten in meinem Departement sprechen?

### **Bitte!**

Nach knapp drei Jahren kann ich bereits auf zwei grosse Gesetzesarbeiten zurückblicken: Die Totalrevision des Schulgesetzes und der Neuerlass des Gesetzes über Hochschulen und Forschung. Zweimal ein Quantensprung für den Bildungsplatz Graubünden, zweimal entscheidende Neuerungen, zweimal am Schluss sogar ein Zu-Null-Resultat im Grossen Rat.

### **Auf der Grundlage dieser Erfolge möchtest Du weitermachen?**

Genau. Graubünden soll sein erstes Sportförderungsgesetz erhalten, das Kulturförderungsgesetz wird erneuert, das Mittelschulgesetz aktualisiert. Dazu kommt die Neuorganisation der Bündner Berufsschulen. «Für alle statt für wenige»: dafür setze ich mich gerne nochmals vier Jahre ein. Gerade in meinem Departement ist dieser Slogan wichtig und aktuell, ja eine Leitlinie für mich.

### **Mit Freude also in die nächste Amtszeit?**

Nicht alles fällt mir leicht. So ist die Demografie Graubündens brutal. Unser Bildungssystem ist auf 3000 Jugendliche pro Jahrgang ausgerichtet. Im Moment verlassen rund 2000 die Volksschule. In den nächsten sechs Jahren wird der Rückgang nochmals 25 % sein. Wie sichern wir den Branchen den Berufsnachwuchs? Wie können wir das Angebot an Berufs- und Mittelschulen in den Regionen gewährleisten? Wie organisiert man diesen Schrumpfungsprozess für alle Beteiligten gerecht? Zudem: Der Sprachfrieden in Graubünden ist eine labile Sache. Seit der ersten Woche im Regierungsamt fordern mich die Konflikte innerhalb der Rumantschia. Mein Ziel, zwischen den Kontrahenten Brücken zu bauen, für die rätoromanischen Schulen bessere Rahmenbedingungen zu erhalten, braucht auch in den nächsten Jahren noch viel Kraft und hie und da genügend Gelassenheit.

### **Und über die verfügst Du?**

Ja, ganz ehrlich. Ich freue mich auf die kommenden vier Jahre – sofern es nochmals klappt. Der Bildungsraum Schweiz

wächst zusammen. Der Lehrplan 21 ist eine schulhistorische Angelegenheit: Endlich gleiche Bildungsziele und Inhalte von Basel bis Brusio. Im dreisprachigen Graubünden wird die Umsetzung jedoch zur grossen Herausforderung, nicht nur wegen der umstrittenen Fremdsprachregelung. Und auch im Bereich der Forschung, der Hochschulen brauchen wir genügend Mittel, um in einem immer härteren Wettbewerb bestehen zu können. So muss in den nächsten Jahren in Chur ein neuer Campus der HTW Chur gebaut werden. In Davos soll die erste Graduate School der Ostschweiz entstehen.

### **Der Mut zum weitermachen scheint vorhanden zu sein.**

Ja, unser Wahlspruch heisst diesmal: «Mut zur sorgfältigen Entwicklung». Auch an diesem Wahlversprechen lasse ich mich dereinst gerne messen.

### **Wir bleiben dran, Martin!**



Infolge Rücktritts der Stelleninhaberin wird **ab 1. Juni 2014** für das Parteisekretariat der SP Graubünden in Chur die Besetzung folgender Stelle gesucht:

## **Politische Sekretärin/Politischer Sekretär der SP Graubünden**

**Stellendotation: 40%**

### **Aufgaben**

Die gesuchte Person erfüllt vielfältige administrative, organisatorische und politische Aufgaben mit einem grossen Gestaltungsspielraum. Dazu gehören insbesondere:

- allgemeine Administration der SP Graubünden;
- Mitglieder- und Sektionsbetreuung;
- Koordination der Parteigremien und der Parteianlässe zusammen mit der Parteileitung (Präsidium, Geschäftsleitung);
- stimmberechtigte Einsitznahme in der Geschäftsleitung und dem Parteivorstand der SP Graubünden sowie in der Koordinationskonferenz und der Delegiertenversammlung der SP Schweiz;
- Mitverantwortung für Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeit der SP Graubünden;
- Chefredaktion des ca. vierteljährlich erscheinenden Parteiorgans «concret»;
- Mitarbeit an strategischen, konzeptionellen und programmatischen Führungsaufgaben der SP Graubünden.

### **Anforderungen**

Politisches Engagement und SP-Mitgliedschaft; gute Kenntnisse der Bündner Politik; selbstständiges Arbeiten; hohe Belastbarkeit; zeitliche Flexibilität; Organisationsgeschick; gute schriftliche Ausdrucksweise. Kenntnisse einer zweiten Kantonsprache sind von Vorteil.

### **Angebot**

Spannendes politisches Arbeitsumfeld; Unterstützung durch engagierte Parteileitung; zeitgemässe Sozialleistungen; weitgehend frei wählbare Arbeitszeit; Jahresgehalt von CHF 33'000.- für 40%.

### **Bewerbung**

Auskunft durch Stelleninhaberin Tamara Gianera: 081 284 91 00 / sekretariat@sp-gr.ch.

Bewerbungen schriftlich mit den üblichen Unterlagen bis am **28. Februar 2014** an:

**SP Graubünden, Vizepräsidentin, Silvia Modalek, Postfach 561, 7001 Chur**

# In ricordo del compagno Chino Giudicetti (1943-2013)

**Di Marco Tognola**

Le persone che si impegnano per gli altri, che dedicano tanto del loro tempo alla «cosa pubblica», meritano rispetto e riconoscenza. Chino Giudicetti era una di queste persone, e proprio per questo è stato rispettato e gli è stato riconosciuto il suo modo di «essere» e di «fare».

Noi socialisti di Roveredo ne abbiamo tratto profitto. Pur senza un'investitura ufficiale, i fondatori della Sezione gli avevano consegnato il testimone, intravedendo in lui la persona in grado di far crescere la pianta del socialismo democratico nella realtà roveredana. Ed avevano visto giusto. Chino è infatti stato la nostra locomotiva elettorale, il punto di riferimento, il valore aggiunto. Ci ha rappresentati nel Consiglio comunale, ci ha rappresentati nel Municipio per tanti anni proprio quando il processo di sviluppo e di cambiamento di Roveredo si stava delineando, ci ha rappresentati nel Tribunale di Circolo.

L'impegno pubblico lo ha interpretato e quindi svolto a tutto campo, al servizio della gente e per amore di paese, con un approccio pragmatico volto alla ricerca di soluzioni. Personalmente, avendolo condiviso con lui, non posso non ricordare l'incontro a Berna del municipale socialista con

il consigliere federale Tschudi per manifestargli la necessità e l'urgenza di costruire le paratie antirumore lungo la strada nazionale nell'abitato di Roveredo, atto riparatorio dovuto per un grave torto subito. Non fu un passo vano. Come non lo fu, anni dopo, quello compiuto presso il Cantone per avere un terreno su cui realizzare l'atteso parco giochi.

La vita di Partito l'ha vissuta con grande passione e forte partecipazione, sia che ricoprisse cariche o come militante di base. Caro Chino, i tuoi compagni di Roveredo ti salutano e ti ricordano con le parole di Willy Brandt: «Non dimentico le incertezze e i rischi di cui è lastricata la strada di fronte a noi. Ma è una grande soddisfazione vedere a portata di mano la possibile realizzazione di ciò che negli anni passati si era sostenuto contro molta ostinazione e molti dubbi». Sono le parole di un grande socialista che facciamo nostre e che, nel nostro piccolo, assumiamo come impegno a non mollare mai, a fare in modo che le tue realizzazioni siano seguite da tante altre ancora affinché la «cosa pubblica» sia sempre più un bene di tutti e non un privilegio per pochi. Grazie, Chino, per quello che sei stato e che hai rappresentato per noi.



# JUSO Graubünden

## 1:12 – ein kurzer Rückblick

Von Hanna Bay, Schiers

Nach monatelangen Vorbereitungen, unzähligen Flyeraktionen, einigen Podien und Dutzenden Leserbriefen war es am 24. November 2013 so weit: Das erste grosse Projekt der JUSO Schweiz kam zur Abstimmung. Das Schweizer Stimmvolk konnte über die 1:12-Initiative entscheiden. Am Ende war das Resultat klar: Die Abstimmung haben wir mit einem Ja-Anteil von 35 Prozent verloren. Gewonnen haben wir aber dennoch.

Die 1:12-Initiative hatte zwei grosse Ziele: Erstens wollten wir die JUSO als Partei und politische Kraft stärken und zweitens schweizweit einen neuen Diskurs, jenen über die Verteilungsgerechtigkeit, lancieren. Beides wurde uns kaum zugetraut, aber wir haben beides erreicht. Die JUSO hat in den letzten Jahren ihre Mitgliederzahl mehr als verdoppelt. Jede Woche der vergangenen Monate standen Hunderte junge AktivistInnen für 1:12 auf der Strasse, um für unsere Vision einzustehen. Vor einigen Jahren war das noch undenkbar – heute sind wir nicht mehr wegzudenken. Die JUSO wurde zu einer ernst zu nehmenden politischen Kraft. Darauf dürfen wir stolz sein.

Doch nicht nur das: Mit 1:12 haben wir die politische Agenda des letzten Jahres geprägt, wie kein anderes Thema dies getan hat. 1:12 war in aller Munde. Wir haben erreicht,

dass in unserem Land wieder über das geredet wird, was zählt. Nicht über kleinkriminelle MigrantInnen, sondern über grosskriminelle Banken. Darüber, wer den Wohlstand in unserem Land erarbeitet hat und wem er gehört. Wir haben die Abzocker und ihre politischen Handlanger dazu gezwungen, über ihre Millionensaläre zu diskutieren und haben es soweit gebracht, dass niemand mehr ernsthaft wagte, diese Abzockerlöhne zu verteidigen.

Sich als grosse, reiche Partei mit einem kleinen, armen Gegner anzulegen ist einfach. Wir taten das Gegenteil: Als kleine, arme Partei forderten wir den grossen, mächtigen und reichen Gegner heraus. Wir stellten uns den Millionen entgegen und nahmen den Kampf gegen das Grosskapital auf. Dass dieser Kampf nicht beim ersten Mal gewonnen werden kann, ist wenig überraschend. Doch der Abstimmungskampf hat ebenso gezeigt, dass linke Ideen nicht weltfremd sind, sondern den Nerv der Zeit treffen. Dieses Mal hat das Geld und die Angstmacherei gesiegt, doch das wird hoffentlich nicht immer so sein. Wir, die junge Generation der Sozialdemokratie, fühlen uns bereit und verpflichtet, diesen Kampf weiter zu führen und wir werden weiterhin am dicken Ast der Ungerechtigkeit sägen. Denn 1:12 kann erst der Anfang gewesen sein. Vorwärts!



Hanna Bay,  
Präsidentin JUSO GR

# Leute: Angela Buxhofer

## Präsidentin SP Chur



Angela Buxhofer

Jahrgang 1970  
verheiratet  
Wohnhaft in Chur  
Kauffrau

**Politische/öffentliche Ämter:**  
Präsidentin SP Chur

**Hobbies:**  
Kino, Spiele, Reisen

**Concret: Du bist vor kurzem zur Präsidentin der SP Chur gewählt worden. Was hat dich dazu bewogen, dieses Amt anzunehmen?**

Angela: Ich bin von Doris Caviezel angefragt worden. Zuerst war ich etwas überrascht und auch überrumpelt. Ich war bis jetzt politisch ja nicht so aktiv. Der Reiz der neuen Herausforderung und das Interesse an der Politik gaben jedoch den Ausschlag, dass ich sehr gerne zugesagt habe.

Mich hat es berührt, wie viele positive Rückmeldungen ich darauf erhalten habe und es hat mich beeindruckt, wie gross die Unterstützung durch die SP Mitglieder ist. Dass ich so getragen werde, beruhigt und motiviert mich.

**Die SP Chur ist die grösste und demnach auch wichtigste SP Sektion im Kanton. Welches sind deine Ziele?**

Im Zentrum stehen jetzt sicher die Regierungs- und Grossratswahlen vom Mai 2014. Unser Ziel ist es, im Grossen Rat zwei Sitze dazuzugewinnen und damit wieder die frühere Stärke zu erlangen. Ausserdem ist es mir ein grosses Anliegen, dass die SP Chur wieder zu einer aktiven und dynamischen Sektion wird. Der Dialog zwischen der SP Sektion und der JUSO ist mir wichtig. Ich hoffe, dass es mir gelingt Frauen zu motivieren, in der Politik aktiv zu werden.

**Welche politischen Themen liegen dir besonders am Herzen?**

Akzeptanz und Strukturen, dass beide Eltern sich in der Kindererziehung und im Beruf engagieren, sollen gefördert

werden. Ein handwerklicher Beruf sollte in der Gesellschaft wieder mehr Wert erhalten. Es kann nicht sein, dass man mit einem handwerklichen Beruf keine Familie ernähren kann.

**Du warst bis jetzt politisch nicht so aktiv. Trotzdem bist du eine engagierte Frau. In welchen Bereichen engagierst du dich?**

Ich arbeite seit 20 Jahren für Arosa Kultur. Bei der kulturellen Arbeit ist nebst der bezahlten Tätigkeit auch viel ehrenamtliches Engagement und Herzblut notwendig. In der Kinderkrippe Wigwam war ich mehrere Jahre im Vorstand aktiv. Und seit ein paar Jahren bin ich auch bei Insieme Graubünden im Vorstand tätig.

**Was sind generell deine Gedanken zur SP?**

Es ist die Zeit der Sozialdemokratie. Die 1:12-Initiative und die Mindestlohninitiative sind Themen, die in grossen Teilen der Bevölkerung eine Akzeptanz finden. Es beunruhigt mich jedoch, dass die frühere Zielgruppe der SP, die Arbeiterschaft, sich von der SP abgewendet und zur SVP gegangen ist. Ich denke, dass dies damit zu tun hat, dass die SP für die tatsächlichen oder gefühlten Sorgen dieser Bevölkerungsschicht keine Lösungen gefunden hat. Ich denke da vor allem an die Ausländerproblematik.

## Parolen der SP GR zu den Abstimmungen vom 9. Februar 2014

### Eidg. Vorlagen:

SVP-Abschottungsinitiative	<b>NEIN</b>
FABI	<b>JA</b>
Abtreibungsfinanzierung	<b>NEIN</b>

### Kant. Vorlagen:

Kirchensteuerinitiative	<b>NEIN</b>
-------------------------	-------------

## Lesungen der SP Kreis Trins

Vor vier Jahren eroberte die SP Kreis Trins erstmals ein Grossratsmandat. Am 18. Mai 2014 soll dieses verteidigt werden. Als kleines Dankeschön an die WählerInnen organisiert die SP Kreis Trins 4 Lesungen mit Bündner Autoren und einer Autorin:

- Di, 04. Februar, 19.30 Uhr, Gemeindegastsaal, Felsberg; mit Arno Cameinisch
- Mo, 03. März, 19.30 Uhr, Casa Selva, Trin; mit Andrea Hämmerle
- Do, 10. April, 19.30 Uhr, Aula, Tamins; mit Sabine Altermatt
- Do, 01. Mai, 20.00 Uhr; Living-Rhum, Flims; mit Andri Perli

Der Eintritt ist kostenlos, alle Interessierten sind herzlich eingeladen.

## Jahresbeitrag concret

Das concret ist handlich und informativ und erfreut sich nach wie vor grosser Beliebtheit. Die Rückmeldungen sind meistens positiv, dafür bedankt sich die Redaktion ganz herzlich.

Damit wir das concret weiterhin herausgeben und euch weiterhin mit Berichten und Infos zur SP und der Bündner Politik bedienen können, sind wir auf eure finanzielle Unterstützung angewiesen. Der Mindestpreis für die Kostendeckung beträgt CHF 10.– pro Jahr, Unterstützungsbeitrag CHF 25.–. Bitte den beigelegten Einzahlungsschein benutzen oder per E-banking einzahlen. Herzlichen Dank für die Unterstützung!

### Impressum

Herausgeber:  
SP Graubünden  
Concret  
Postfach 561  
7001 Chur

1/2014 Januar

### www.sp-gr.ch

sekretariat@sp-gr.ch  
Telefon 081 284 91 00  
Fax 081 284 91 01  
PC - Kto. 90-147531-1

Redaktion: Tamara Gianera,  
Stefan Grass, Simone Jakob,  
Silvia Modalek  
Versand: Peter Montigel,  
Christian Brassler & Team

Layout: Urs Bütikofer  
Druck: Spescha Luzzi  
Erscheint 4 x jährlich

Redaktionsschluss 2/2014:  
31. März 2014

## Parteitag 2014

Am Samstag, 15. Februar findet der Parteitag der SP GR in San Bernardino statt. Im Zentrum stehen wird die Nomination unseres Regierungskandidaten und die Verabschiedung einer Resolution zur Mehrsprachigkeit in unserem Kanton. Als Gast werden wir Manuele Bertoli, SP-Regierungsmitglied aus dem Kanton Tessin begrüssen dürfen.

Die Einladung an alle Mitglieder ist unterwegs.